

wir heraus. Wir werden stets eine Politik vertreten, welche der wirtschaftlichen Bedeutung, dem Aufblühen unserer Stadt entspricht und ich hoffe, daß unsere Danziger Wähler mit unserem Streben einverstanden sind. In diesem Sinne bitten wir auch ferner um Ihr Vertrauen und, wenn Sie uns dessen würdig achten, um — Ihre Stimmen. (Lebhafte Beifall.)

Der nächste Redner, Abg. Richter, beginnt mit einem Dank an die Wähler für die mühevollen und erfolgreichen Tätigkeit bei der letzten Reichstagswahl. Er könne nur den lebhaftesten Wunsch ausdrücken, daß die Liberalen in Danzig, wie bisher, so auch in Zukunft einig bleiben und die bei der letzten Reichstagswahl erzielten Erfolge durch dauernde Tätigkeit festhalten möchten.

In einem von geschätzter Seite aus Westpreußen der „Pol. Ztg.“ zugehenden Briefe wird darüber geklagt, daß der Liberalismus in Westpreußen mit Ausnahme von Danzig lahm darniederliege, daß die Verbindung unter den Liberalen fehle. Das letztere ist leider richtig und die Folgen davon sind denn auch nicht ausbleiben. Der Liberalismus hat in unserer Provinz an Einfluß gegen früher erheblich eingebüßt und das ist nicht nur im freiwirtschaftlichen, sondern auch im nationalen Interesse zu bedauern. Der meistverbreitetste, auch in unserer Provinz bis in die einzelnen Dörfer reichenden Organisation des Bundes der Landwirthe gegenüber fehlt es den Liberalen an jedem Zusammenhang und jeder gemeinsamen Tätigkeit. Mit einer Wirtschaftspolitik, wie sie der Bund verlange, ist eine gezielte wirtschaftliche Entwicklung unserer Provinz untragbar und das schädigt auch die nationalen Interessen. Erfreulich ist mir gewesen, daß wenigstens in den letzten Wochen von verchiedenen liberalen Seiten aus der Provinz in Briefen an mich dieselbe Anschauung und der Wunsch nach Änderung zum Ausdruck gekommen ist. Ich bin daher auch, so sehr es mir wird, der Aufforderung, mehrere Orte der Provinz noch vor den Wahlen zu besuchen, gefolgt und werde es in den nächsten Tagen weiter thun. Dann hat auch das Organ des Bundes der Landwirthe wieder Grund, sich darüber zu freuen, daß „der alte Richter in der Provinz seine bekannten Phrasen drischt“. (Heiterkeit und Bravo.) Sollte es gelingen, die Liberalen unserer Provinz wieder einander näher zu bringen und wie früher in jedem Jahre wenigstens einmal zur Besprechung über wichtige schwappende Fragen zusammenzukommen, so wäre das eine gute Frucht der jetzigen Wahlbewegung. Ich werde gern mitwirken und ich bin überzeugt, daß die Liberalen der verschiedenen Richtungen in unserer Stadt ebenso denken. (Lebhafte Zustimmung.)

Nachdem Redner dann auf die Tätigkeit des Abg. Schwanjasan eingegangen und erwähnt hat, daß derselbe seinen Bericht, da die Verammlung an zwei Berichten wohl für heute schon mehr als genug haben werde, für eine im Landkreise stattfindende Versammlung vorzubehalten wünsche, geht er auf die Wichtigkeit der Landtagswahlen über. Nichts ist bedauerlicher und unbegreiflicher, so führt er aus, als die geradezu erschreckende Laubbild der Wähler, die sich bei den letzten Landtagswahlen gezeigt hat. Weder das schlechte Wahlvermögen, noch die öffentliche Apathie sind eine hinreichende Erklärung für die beschränkte Beteiligung von nur 18 Proc. der Wähler. Nur vier bis fünf conservativ-abgeordnete mehr — und eine rein conservativ Majorität wäre die Folge. Was dann aber in Bezug auf die politischen Rechte des Volkes geschehen würde, kann sich jeder selbst sagen, der die Verhandlungen in der letzten Legislaturperiode verfolgt hat. Bei der Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts wurde dem Urtheil der Polizeibeamten die Entscheidung preisgegeben, ob ein Verein oder eine Versammlung „den öffentlichen Frieden gefährdet“. Was sich damit z. B. in Pommern machen ließe, weiß jeder, der die dortigen Vorgänge kennt. Schule, Wissenschaft, Kirche gehören vor das Forum des Abgeordnetenhauses. Zu meinen samstagsparlamentarischen Tagen gehören neben denen der Verhandlungen über den Zolltarif von 1879 diejenigen in der Schul-Commission für das zehnjährige Schulgesetz. Auf dem Gebiet der Schule ist im nationalen Interesse in unserer Provinz noch besonders viel zu thun. Es wird sich Gelegenheit finden, ein andermal näher darauf einzugehen. Der nächste Landtag wird auch über das Landtags- und Gemeinde-Wahlrecht entscheiden. Zu welchen geradezu unheilvollen Dingen das jetzige Wahlrecht, das durch die Novelle von 1893 noch verfeinert ist, führt, zeigen die durch die Zeitungen veröffentlichten Thatsachen von Berlin. Wäre ich boshaft, so könnte ich Freude und Genugthuung darüber empfinden, daß neben den Ministern auch unser hochverehrter Reichskanzler, einer der größten Grundbesitzer Deutschlands, der von diesem Grundbesitz freilich in Berlin nicht befreit ist, in Berlin in seinem Bezirk nur Wähler der dritten Abtheilung ist. Da bin ich den Herren Ministern über, da ich in Danzig es doch bis zur zweiten Abtheilung gebracht habe. (Heiterkeit.) In Breslau wählt der Oberbürgermeister auch in der dritten Abtheilung. Thatsächlich wird auf dem einen Ende das allgemeine gleiche Wahlrecht, was viele principiell verworfen, eingeführt, indem Minister und Arbeiter gleichberechtigt sind, aber auf dem anderen Ende zeigt sich die größte Widersinnigkeit dadurch, daß denjenigen, welche über viel Geld gebieten, ein Vielfaches an politischer Macht von dem gewährt wird, was die Minister erhalten, während in anderen Bezirken Wähler mit den geringsten Steuerbeiträgen in der ersten Abtheilung wählen. Auch die Eisenbahnen mit den Verkehrs- und Tariffragen, die Justiz und andere Zweige der Verwaltung gehören vor das Forum des Landtages; besonders wichtig ist die Kontrolle der gesamten Verwaltung, die sich an die Verhandlungen über den Etat anschließt. Dadurch wird es möglich, offenbare Uebelstände zur Sprache zu bringen und auf ihre Beseitigung durch die glücklicherweise von Jahr zu Jahr wachsende Macht der öffentlichen Meinung, der sich auch die Staatsregierung nicht entziehen kann, hinzuwirken. Wer wollte, wenn er dieses große Arbeitsgebiet des Landtages überhät, leugnen, daß der gesamte Liberalismus das höchste Interesse daran hat, sich mit voller Kraft an den Landtagswahlen zu beteiligen? Schloßheit und Indifferentismus könnten verhängnisvolle Folgen haben. Nachher hilft man keine Klagen und keine Reue.

Aus der Reihe der vielen speciellen Fragen will ich nur auf einen an mich aus den Kreisen

der Wähler gerichteten Wunsch auf zwei Fragen eine Antwort geben. Die erste bezieht sich auf unsere Stellung zur Reform des Communal-Steuergesetzes. Ueber diese haben sich bereits zwei meiner Gefinnungsgenossen, die Abg. Ehlers und Brömel, im Parlament selbst ausgesprochen. Wir sind der Ansicht, daß selbst bei Anerkennung des Principes man zugeben müsse, daß die mechanische Regelung der Zuschläge öfters zu einer schweren Belastung des städtischen Grundbesitzes führt, und daß daher eine Reform geboten ist. Die zweite Frage bezieht sich auf die Beamtengehälter. Ich darf in dieser Beziehung wohl verweisen auf unsere Stellung im Parlament. Durch unsere Anregung ist es gelungen, die Regierung von der Nothwendigkeit zu überzeugen, die die Beamten in unnützer Weise belastenden Cautionen zu beseitigen. (Sehr richtig!) Für die Beamten (Eisenbahn-, Steuer- und Polizeibeamten) sind wir im Landtag eingetreten. Nach der Erklärung des Finanzministers dürfen wir hoffen, daß namentlich für die Steuerbeamten etwas geschehen wird. Je mehr von den Polizeibeamten im Interesse der Sicherheit des öffentlichen Verkehrs und des Publikums verlangt wird, desto wichtiger ist es, durch eine angemessene Stellung dieser Beamten die Möglichkeit zu schaffen, ein tüchtiges Personal zu gewinnen, welches den großen Anforderungen der Borgehalten und des Publikums gewachsen ist.

Daß die öffentliche Meinung eine Macht geworden ist, verkennt der Liberalismus leider nur zu sehr. In dieser Beziehung hat ihm der Bund der Landwirthe den Rang längst streitig gemacht. „Rühren Sie sich, schreiben Sie und schreiben Sie immer wieder“, rief Herr Ruprecht den Landwirthen zu, als er zur Gründung des Bundes den Anstoß gab. Die Liberalen haben alles ruhig mit angesehen, ohne sich zu rühren. Sie haben das energische Agitieren, Organisiren und Petitioniren den Mitgliedern des Bundes fast allein überlassen. In einzelnen Fragen scheint jetzt in dieser Beziehung eine Aenderung einzutreten, wie die bereits mit über 1000 Unterschriften bedachte Petition der Fleischer um Beseitigung der Sperre gegen ausländisches Vieh, soweit dies im sanitären Interesse möglich, beweist. Auch hier wird jede Hausfrau den Beweis liefern können, daß die Behauptung der Herren vom Bunde, die Fleischpreise seien nicht gestiegen, eine vollständig haltlose ist. Wie schärf der Bund der Landwirthe bei den Landtagswahlen vorgeht, zeigt der in dem officiellen westpreussischen Bundesblatt veröffentlichte „Tagesbefehl“, worin die westpreussischen Mitglieder angewiesen werden, für eine Anzahl Bundescandidate zu stimmen. Für unseren Danziger Wahlkreis werden ohne weiteres die Herren Dörksen und Pieper-Rottmannsdorf als diejenigen Candidate bezeichnet, für welche die Bundesmitglieder „einzutreten haben“. Man genirt sich nicht, zwei der schärfsten Bundes-Agrarier für einen Wahlkreis zu bestimmen, in welchem die städtischen Wähler 457, die Landkreise 280 Wahlmänner stellen. Den Conservativen des Stadtkreises wird gütigst erlaubt, neben diesen beiden Herren noch einen conservativen Candidate zu bezeichnen. Dieses Beispiel bringt mehr als vieles andere zur Anschauung, wie weit diese Herren in ihren Zumuthungen gehen. Ob sie wirklich glauben, daß die städtischen Wähler sich für die Wirtschaft- und Vertheuerungspolitik der Herren Dörksen und Pieper begnügen könnten? Da waren die früheren Conservativen in den 60er Jahren doch viel rücksichtsvoller gegen uns. Man stelle Männer wie v. Brauchitsch und Mantrup auf, die doch eine andere Politik als diejenige des Bundes der Landwirthe vertreten. Da war der Humor eines Mantrup, wenn er auch über die blauen Beutel an der Börse einigem Aerger empfand (Heiterkeit), übrigens aber kein Agrarier war, doch eine Erquickung gegen die heutige conservativ-agrarische Politik. Der Bund der Landwirthe behauptet, 250 Landtagscandidate, die das Bundesprogramm annehmen, aufgestellt zu haben. Sein Ziel ist, im Landtage die Regierung zu einer seinen Absichten entsprechenden Reichspolitik zu drängen. Man will im Landtage Getreidezölle von mehr als doppelter Höhe, Aufhebung des Zollcredits und der Transitlager, gänzliche Sperre der Grenze gegen ausländisches Vieh u. s. w. fordern und man hofft die Staatsregierung schließlich dazu zu nöthigen, wenn es zu einer conservativen Majorität kommt. Auch in dieser Beziehung haben gerade die Wähler unseres Wahlkreises ein dringendes Interesse daran, am Wahltag auf dem Posten zu sein.

Ganz besonders charakteristisch für die Herren vom Bunde der Landwirthe ist es, daß sie den Bestrebungen unseres Herrn Oberpräsidenten, die industrielle Entwicklung unserer Provinz zu fördern, ablehnend gegenüberstehen. Sie stellen die Gegenforderung: der Staat müsse zuerst seine Fürsorge der Landwirtschaft zu. Die Herren haben aus den unumwiderrlichen Thatsachen noch nicht gelernt, daß die Landwirtschaft gar nicht im Stande ist, den Ueberfluß an Bevölkerung in Deutschland zu ernähren. In der Zeit von 1882 bis 1895 hat die Bevölkerung Deutschlands um jährlich über 1/2 Millionen zugenommen, in den letzten Jahren um fast 3/4 Millionen. Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat sich in der Zeit von 1882-1895 von 19 1/2 auf 18 1/2 Millionen vermindert, die Bevölkerung in der Industrie um 4/5, im Handel um 1 1/2 Millionen vermehrt. Es ist eine Thatsache, daß die Industrie und der Handel, nicht die Landwirtschaft, den Zuwachs an Bevölkerung ernährt hat. Werden Handel und Industrie vernachlässigt, so bleibt nichts anderes übrig, als den Zuwachs an Bevölkerung nach dem Auslande zu werfen. Es ist das große Verbrechen des Grafen Caprivi, daß er dieser unumstößlichen Thatsache auch durch die Handelsvertragsverhandlung Rechnung getragen hat. Er wies im Reichstag auf den Satz hin, den schon Friedrich der Große ausgesprochen: „Die Industrie ist der Nährarm des Landes und der Handel die lebendige Seele des Staates“, und er fügte hinzu: „Handel und Industrie sind und bleiben die wichtigsten Quellen des Wohlstandes und damit politischer Macht, cultureller Bedeutung, denn ohne einen gewissen Grad von Wohlstand werden Kunst und Wissenschaft nicht gedeihen können.“ Ich will nicht so weit gehen wie der hervorragende Nationalökonom v. Schulze-Gaevernich, welcher unlängst nachwies, daß Deutschland seine Machtstellung der Industrie verdanke und daß der Agrarstaat weder so viel Geldmittel, noch so viel Menschen liefern könne, wie er ge-

brauche. So viel aber ist richtig, daß die finanziellen Leistungen der Städte gegen diejenigen des Landes ganz bedeutend ins Gewicht fallen. Von den 127 Millionen Mark Einkommensteuer, welche für 1897/98 veranlagt sind, fallen auf die Städte mehr als 95 Millionen und auf das platte Land nur nahezu 32 Millionen Mark. Berlin allein bringt ungefähr den sechsten Theil der Einkommensteuer auf und die Rheinprovinz mehr wie sechs vorwiegend landwirtschaftliche Provinzen. Trotz aller Erleichterungen, welche die Steuerpolitik des gegenwärtigen Finanzministers, insbesondere dem ländlichen Grundbesitz gewährt hat, werden die Ansprüche der Herren vom Bunde der Landwirthe an den Staat immer größer, und sie treten der industriellen Entwicklung, die unbedingt nothwendig ist, sowie dem Ausbau der Wasserstraßen, wie sie die Regierung plant, mit ihrer engstirnigen Politik entgegen. Damit läßt sich in dem heutigen deutschen Reich, das mitten im Weltverkehr steht, nichts anfangen. Wir werden die Aneignung der Regierung unterstützen und uns freuen, wenn die rheinischen Industriellen, welche das Organ des Bundes der Landwirthe bezeichnenderweise als „Fremde“ bezeichnet, industrielle Unternehmungen bei uns ins Leben rufen. Auch wir wünschen künstliche und nicht durch die natürlichen Bedingungen gestützte Unternehmungen keineswegs. Wir sind mit dem Herrn Oberpräsidenten der Meinung, daß solche natürlichen Bedingungen vorhanden sind. Nicht vergessen sollte man auswärts, daß in den letzten Decennien doch manches in unserer Stadt und Provinz für industrielle Unternehmungen geschehen ist — freilich in Schiffbau und Rheiderei unter zeitweiser sehr ungünstigen Conjunctionen. Für heute will ich aus der mir eben von Herrn Dr. Beitzmann auf meinen Wunsch übergebenen Liste nur mittheilen, daß seit den sechziger Jahren 56 industrielle Unternehmungen in Danzig in das Handelsregister eingetragen sind, darunter 17 in den achtziger, 13 in den neunziger Jahren. Der Herr Finanzminister hat am 3. März 1898 im Abgeordnetenhaus mir gegenüber ausgeführt, „ich habe das Gefühl gehabt, als wenn der Herr Oberpräsident bei seinen Bestrebungen bei der Danziger Bevölkerung nicht den nöthigen Widerhall finde. Ob die Herren in Danzig nicht zu sehr an ihre Handelstätigkeit gewöhnt sind, ob sie nicht erst mehr die Bedeutung der Industrie kennen lernen müssen, das gebe ich dem Herrn Abgeordneten Richter, der das ja ganz genau weiß, zu bedenken.“ Ich glaube, man wird bei der Beurtheilung dieser Frage in Ermägung ziehen müssen, daß gerade die Danziger Kaufleute unter der Wirtschaftspolitik seit 1879 wie es auch damals in dem Hauptorgan des Verbandes der Industriellen anerkannt ist, erheblich gelitten haben. Man kennt auswärts und namentlich im Westen doch nicht genug die enormen Schwierigkeiten und Verluste, die der Handel in unserer Provinz gehabt hat. Besonders mar es die Unsicherheit, welche dem Handel Schaden zufügte. Wiedernoch sind die Kornzölle erhöht und man war nicht sicher, daß eine weitere Erhöhung in nächster Zeit bevorstünde. Es ist das große Verbrechen der Handelsvertragspolitik, daß sie für eine Reihe von Jahren der Industrie und dem Handel solche Sicherheit gewährte. Gerade die Finanzverwaltung kann den Handel durch ihre Anordnungen wesentlich erleichtern oder erschweren. Wir verlangen keine Staatsunterstützung, sondern nur freie Bahn und keine Erschwerung der Arbeit durch unnötige und kleinliche Maßregeln. Der Herr Finanzminister hat seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, nach dieser Richtung hin zu helfen, und wir werden nicht unterlassen, seine Hilfe auch ferner in Anspruch zu nehmen. Er hat z. B. hingewiesen auf die Beteiligung der Festungscorps in Posen, und daß er vielleicht bei dem Landtage eine Vorlage machen würde, um in dieser Hinsicht der Stadt zu helfen. Steht denn aber in Danzig die Sache nicht ebenso? Hat nicht die Bevölkerung unserer Stadt, welcher am Anfang dieses Jahrhunderts durch fremde Eroberer die schwersten Opfer auferlegt sind, auch unter den engen Festungswerken, welche zwei Kriegsminister in diesem Umfange nicht für nöthig erachtet haben, jammer gelitten? Man schaffe uns freie Bahn und wir werden aus eigener Kraft mehr für die Entwicklung unserer Heimath thun können, als bisher. (Lebhafte Zustimmung.)

Zum Schluß ist es mir Bedauerlich, am Ende der 28-jährigen parlamentarischen Tätigkeit, welche ich in Ihrem Dienste geübt habe in guten und bösen Tagen, meinen Dank dafür auszusprechen, daß Sie mir stets gestattet haben, nach meiner Ueberzeugung und nach bestem Wissen und Gewissen in Berlin thätig zu sein. Auch dann, wenn Sie in einzelnen Fragen nicht meiner Ueberzeugung beitreten konnten, haben Sie immer anerkannt, daß ich lediglich nach gewissenhafter Prüfung gehandelt habe, wie ich es für das Wohl des Vaterlandes für geboten erachtet habe. Besonders dankbar bin ich Ihnen dafür, daß es mir vergönnt gewesen ist, in den Tagen der Erhebung der deutschen Nation an beschreibender Stelle an der grundlegenden Gesetzgebung mitzuarbeiten. Diese große Zeit werde ich nie vergessen und aus ihr habe ich den unerschütterlichen Glauben an die Zukunft unseres Vaterlandes in die bösen Tage des Rückganges unseres öffentlichen Lebens hinübergenommen. Wenn ich mich nach einer parlamentarischen Arbeit von fast drei Decennien noch bereit erklärt habe, weiter in Ihrem Dienst zu arbeiten, so ist es die Ueberzeugung, daß es gerade in der heutigen Zeit mehr wie je Pflicht ist, auszuharren und unserer Jugend, welche leider von den öffentlichen Arbeiten sich vielfach nur zu fern hält, ein Vorbild der Erfüllung öffentlicher Pflichten zu geben. Vor allem aber bannen wir Alle den Pessimismus und den Indifferentismus. Die Zukunft wird unseren Glauben nicht trüben. Die deutsche Nation wird in dem friedlichen Weltverkehr der Döller eine hervorragende Stelle behalten und sie wird ihre Macht wie bisher nur einsehen für den Frieden und die Gerechtigkeit. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Herr Berenz: Wir sagen unseren Abgeordneten unseren Dank dafür, daß sie in großen Fragen immer mit uns übereinstimmen und für ihre Wirksamkeit sich stets mit uns verständigt haben. Statuen wir ihnen unseren herzlichsten Dank für ihre Wirksamkeit ab mit dem Ruf: Sie leben hoch, hoch, hoch!

Herr Simon: Es erscheint mir als Pflicht, daß auch jemand aus der Mitte der Versammlung der kleinen Anzahl von Männern gedenkt,

die uns in sehr schwierigen Tagen so wirksam vertreten haben. Wir sind glücklich darüber, daß wir keine Pessimisten in den Landtag geschickt haben, denn die wären verloren gewesen. Unsere Abgeordneten sind aber auch keine reinen Optimisten, denn sie stehen auf dem Boden des Rechtes und des Gewissens. Wir können stolz darauf sein, daß wir Männer in den Landtag geschickt haben, die eine solche Bedeutung errungen haben. Ueber Herrn Richters Ausführungen habe ich mich aber ganz besonders gefreut. Danzig, die Hauptstadt von Westpreußen, ist zwar liberal vertreten, wir haben aber alle den Wunsch, uns an der Organisation der Liberalen in der Provinz Westpreußen zu beteiligen. Wir wollen alle in diesen Bestrebungen ihn unterstützen und freudig ihm auf seinem Wege dabei in die Provinz folgen. Herr Richter kann m. E. die Versicherung abgeben, daß wir Danzig in diesem Sinne eintreten werden und daß es unser Wunsch ist, daß es ihm auch für die Zukunft gelingen möge, die Sache der Liberalen in unserer Provinz und im Vaterlande zu fördern.

Der Vorsitzende Herr Berenz machte in seinem Schlusswort darauf aufmerksam, daß in Danzig erfreulicherweise auch diesmal, wie bei den letzten Wahlen, alle Liberalen Schulter an Schulter zusammenstehen. Daß es überall so werde, darauf wolle man auch in der Provinz hinwirken. Unsere Abgeordneten haben ihre Pflicht gethan, nun ist es an uns, unsere Pflicht zu thun. Seien Sie auf Ihrer Hut, daß uns nicht unliebsame Ueberfahrungen treffen und thun Sie in Ihren Bezirken, was Sie thun können!

Politische Uebersicht.

Danzig, 21. Oktober.

Wiederum „Bund der Landwirthe“ gegen Herrn Oberpräsidenten v. Götler.

In den Kreisen des Bundes der Landwirthe kann man sich über die Reise unseres Herrn Oberpräsidenten nach dem Rhein nicht beruhigen. Das Organ des Bundes schreibt heute:

„Herr Oberpräsident v. Götler hat bezüglich seiner Pläne der Industrieexpedition nach dem Osten einem Vertreter der „Eibinger Ztg.“ einige Eröffnungen gemacht. Darnach soll der Herr Oberpräsident besonders hervorgehoben haben, daß die Niederlassung von Industrien in Westpreußen deshalb zu empfehlen sei, weil der Bezug englischer Rohle und schwebischen Eisens und die Bearbeitung russischen Flachses billiger sei. Außerdem hat der Herr Oberpräsident ganz besonders auf die billigen Arbeitskräfte aufmerksam gemacht. Es ist sicher dem Herrn Oberpräsidenten nicht unbekannt, daß die Landwirtschaft in Westpreußen keinen Ueberfluß an Arbeitskräften hat. Hat er schon die Freundschaft gehabt, darüber nachzudenken, wie er, wenn seine Pläne verwirklicht werden sollten, den Abgang der ländlichen Arbeitskräfte deken will? Eine Antwort würde uns von großem Interesse sein.“

Ob der Herr Oberpräsident einem Vertreter der „Eib. Ztg.“ diese Eröffnungen gemacht hat, wissen wir nicht. Wir können aus allen diesen Äußerungen der Unzufriedenheit nur erkennen, daß die Herren vom Bunde der Landwirthe keine industrielle Entwicklung wollen. Wir sind dagegen der Meinung, daß eine solche auch für unsere Landwirtschaft vorteilhaft sein würde. Doch es wäre vergebliche Mühe, davon diese Herren überzeugen zu wollen.

Was die Frage der „billigen“ Arbeitskräfte betrifft, so wollen wir für heute auf dieselbe nicht näher eingehen, zumal da über die angebliche Äußerung des Herrn Oberpräsidenten Sicheres noch nicht bekannt wurde.

Die internationale Konferenz gegen die Anarchisten

wird voraussichtlich in Rom im November zusammentreten. Nach Entdeckung des anarchistischen Anfalles in Alexandrien hat die italienische Regierung ihren diplomatischen Vertretern im Auslande in einer neuen diplomatischen Note aufgetragen, den Regierungen die Dringlichkeit der Bekämpfung des Anarchismus in der Schweiz und in England darzulegen. Die italienische Regierung will, um Ueineigung zu verhüten, für die Konferenz ein Programm, das wenige Punkte umfassen soll, entwerfen. Der erste Punkt soll jedes Mißverständniß über die Natur der anarchistischen Verbrechen, welche in jedem Falle als gemeine und niemals als politische Verbrechen behandelt werden sollen, beseitigen. Der zweite Punkt fordert die Auslieferung auch für die anarchistischen Verbrechen ebenso wie für die gemeinen. Dazu kommt die Verpflichtung der Ausweisung der Fremden aus jedem Lande, welche sich zur Anarchie bekennen und für diese Propaganda machen. Ferner soll sich jede Regierung verpflichten, die Veröffentlichung anarchistischer Blätter und die Verbreitung von Zeitungen, Schriften und jeder Art von Gedrudtem, welche der Anarchie das Wort reden, zu verhindern. Die italienische Regierung wird außerdem Vorschläge machen, um die Reclame, welche die Zeitungen für die Anarchisten machen, wenn diese ein Attentat oder einen Mord begangen haben, zu verhindern. Endlich soll ein gegenseitiger Austausch aller Nachrichten über die Anarchisten geregelt werden zur strengen und wirksamen Ueberwachung.

Der „Munch. Allg. Ztg.“ zufolge soll auf der Konferenz auch die Ueberweisung anarchistischer Verbrecher an Ausnahmegerichte vorgeschlagen werden. Das würde freilich gegen die preussische Verfassung verstoßen, deren Artikel 7 lautet: „Ausnahmegerichte und außerordentliche Commissionen sind unstatthaft.“

h. Berlin, 21. Okt. (Tel.) Eine allgemeine Anarchistenversammlung ist zu nächsten Freitag nach der Tonhalle einberufen, um gegen die Maßnahmen gegen die Anarchisten zu protestiren. Bei den Anarchistenführern Weidner und Spohr wurde Hausdurchsuchung abgehalten und nach dem ungarischen Genossen Malaschitz geforscht. Letzterer hat jedoch Berlin bereits verlassen.

Rußland und Deutschland.

Petersburg, 20. Okt. Die „Nowoje Wremja“ tritt den Gerüchten entgegen, monach Deutschland von der Türkei Canag-biete zu erwerben hoffe, und erklärt, sie wisse nicht, daß eine territoriale Abtretung den Beginn der Theilung des türkischen Reiches, bezw. seines Unterganges bedeute. Das Blatt ist vollkommen überzeugt und hofft, daß die Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland einerseits und zwischen Rußland und der Türkei andererseits ebenso unverändert vorzüglich sind, wie bisher, und auch künftighin bleiben werden.

Die französisch-englische Spannung.

Der der französischen Regierung nahestehende Pariser „Temps“ bemerkt in der gestern telegraphisch mitgetheilten Rede, welche der englische Schatzkanzler Hicks-Beach vorgestern in North Shields gehalten hat, es wäre verfehlt, die ernste Bedeutung der Rede zu leugnen. „Wenn die englische Regierung sich den Anschein giebt, als ob sie die Brücken hinter sich verbrennen würde, muß sie wissen, daß ihre Haltung auf die öffentliche Meinung in Frankreich eine Rückwirkung ausüben und die ohnehin schwierige Aufgabe der Diplomatie immer schwieriger gestalten wird.“

In einer Rundgebung des Municipalrathes von Paris heißt es, da Forschungsreisen und Colonial-Expeditionen der Nationen immer als Werke der Civilisation hingestellt würden, so wüßte der Municipalrath, daß die französische Regierung, ohne die materiellen und moralischen Interessen des Landes zu vernachlässigen, alles aufbiete, um einen schweren Conflict mit England wegen der Fajshoda-Frage zu vermeiden. — Man scheint auch französischerseits etwas einlenken zu wollen, wenn anders sich folgende Meldung bestätigt:

Paris, 21. Okt. (Tel.) Die hiesigen Blätter verzeichnen ein Gerücht, Frankreich habe die Geneigtheit ausgesprochen, Fajshoda zu räumen, falls ihm ein anderer noch näher zu bezeichnender Punkt am Nil gegeben werde.

Dieser Laubbahnschlag wird freilich auch auf Widerstand stoßen, da man englischerseits den ganzen Nil als zur britisch-ägyptischen Interessensphäre gehörig ansieht.

Paris, 21. Okt. Der „Radical“ erklärt, der Ministerpräsident Brisson denke keineswegs daran, zurückzutreten und die Ministerpräsidenten dem Unterrichtsminister Bourgeois zu überlassen.

Der „Gaulois“ erklärt, General Zurlinden habe, als er sich im Ministerrathe über die Frage der Revision des Dreyfus-Prozesses aussprach, ein geheimes diplomatisches Schriftstück verlesen wollen, um die schwankenden Minister von der Schuld Dreyfus' zu überzeugen, doch hätte Zurlinden die Vorlesung unterlassen.

Die „Aurore“ behauptet, Esterhazy habe im Frühjahr 1894 einen Brief seines Regimentscommandeurs gefälscht, um einem Offizier das vertrauliche Schießeglement der Artillerie herauszulocken, von dem in dem Bordereau die Rede ist. „Aurore“ verlangt, daß hierüber eine Untersuchung eingeleitet werde.

Deutsches Reich.

Berlin, 20. Okt. Ueber die Abrüstungsvorschläge des Zaren soll bei der Zusammenkunft des deutschen Kaisers und des Königs von Italien verhandelt worden sein. So theilt ein Preußenbureau aus Rom mit, und es bemerkt dabei: Beide Monarchen seien zu dem Schluß gekommen, daß dem Vorschlage des Zaren ein günstiges Entgegenkommen zu bereiten sei. Da Italien den größten Theil seiner Einnahmen für militärische Zwecke ausbeut, so sei es eine nicht zu unterschätzende Wohlthat für das Land, seine Ausgaben für Militärzwecke reduciren zu können.

Ueber „anarchistische Mordpläne“ schreibt die nationalliberale „Köln. Zeitung“ in einem Artikel: „Wir Deutschen haben den Aeußerungen des Zaren gegen die Umfury, so gern wir ihre grundrühliche Berechtigung anerkennen, nicht immer zu folgen vermocht, weil wir das Gefühl hatten, daß er den Charakter der Bewegung nicht richtig auffasse und sich deshalb in der Wahl der Mittel nicht immer der Natur des Gegners anpasse. Denn wir wissen, daß es sich um Störungen handelt, die nicht mit Schüssen auf die Bäter und auf die Brüder bekämpft werden können, daß vielmehr das erste Abwehrmittel darin bestehen muß, dem Feuer der Agitatoren keinen neuen Nahrungstoff zuzuführen. Indessen wir haben uns daran gewöhnt, von solchen Aeußerungen das abzuleiten, was auf Rechnung eines lebhaften Temperaments zu setzen ist. Der scharfe Ton, der durch die Reden ging, hat offenbar bei den Anarchisten einen tiefen Eindruck hinterlassen, und das Schauspiel der Dementi hat dann den mörderischen Entschluß gereift, der glücklicherweise nur Voratz geblieben ist.“

Der „Reichsanzeiger“ und der anarchistische Mordanschlag. Es fällt nachgerade auf, daß der „Reichsanzeiger“ noch nicht mit einem Wort von dem in Alexandria geplanten Mordanschlage auf den Kaiser gesprochen hat. Die „Voss. Zig.“ bemerkt dazu: „Das Blatt der Regierung hat bisher nur die von „M. Tel.-Bür.“ verschickten Mittheilungen über die Verhaftungen von Anarchisten veröffentlicht, aber gerade die einzige, diejenige von Alexandria, 18. Oktober, wo es heißt, daß die beabsichtigten Bomben „zu dem Attentat gegen Kaiser Wilhelm bestimmt“ gewesen seien, in den Papierkorb befördert. Weshalb? Und weshalb erfolgt noch immer keine amtliche Benachrichtigung, wenn wirklich gegen den deutschen Kaiser ein Mordanschlag geplant war? Es muß wiederholt werden, daß ein solches Schweigen der Regierung unbegreiflich wäre, wenn sie nicht ernste Zweifel an der Richtigkeit der Mittheilungen hegte.“

Das 10 Pfennig-Briefporto nach den Vereinigten Staaten. Aus Washington, 19. Okt., wird berichtet: Der Vice-General-Postmeister Merritt hat die langverwagte Initiative zur Einführung des 10 Pfennig-Briefportes im Verkehr mit Deutschland, England und Frankreich endlich ergriffen, die diesbezüglichen Unterhandlungen sollen schon in allerhöchster Zeit beginnen. Deutschland im besonderen habe schon früher seine Bereitwilligkeit, eine Herabsetzung der jetzigen Portosätze in Ermäßigung zu geben, erklärt, und so hofft man hier, mit Berlin am aller schnellsten zu einer Verständigung zu gelangen. Dr. Merritts Bericht schlägt die sofortige Einleitung der Unterhandlungen mit den genannten drei Staaten, aber unabhängig von einander vor, da die bestehenden Verträge jedem einzelnen Staate das Recht ließen, mit anderen Staaten auf der Grundlage der gegenwärtigen Postall-Union Separatverträge zu schließen.

Rummelsburg bei Berlin, 20. Okt. Gestern wurde auf dem hiesigen Wochenmarkt unter den aufgetriebenen Beständen die Schweinefleischtheilung festgesetzt.

Das Kaiserpaar in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. Okt. Bei dem gestrigen

Ritt um die Mauern wurde der Kaiser von der Bevölkerung überall lebhaft begrüßt. Die fremden Boten wurden gestern auch von der Kaiserin empfangen. 4 1/2 Uhr erfolgte die Fahrt auf der „Corleu“ nach Therapia zu dem Sommerpalais der deutschen Botschaft. An der Landungsbrücke wurde das Kaiserpaar von dem Botschafter Freiherrn v. Marschall empfangen. Dann wurden Thee und Erfrischungen eingenommen. Der Kaiser unterhielt sich mit Prof. Wiegand, dem Nachfolger Humans als Leiter der Ausgrabungen in Milet. Darauf wurde die Fahrt bis zum Schwarzen Meer ausgedehnt. 6 1/2 Uhr erfolgte die Rückfahrt nach der Bucht Bejko, dort wurde das Diner an Bord der Sultanie eingenommen. Darauf fand die Besichtigung der Festbeleuchtung am Ufer des Bosphorus und des prachtvollen Feuerwerks statt. Die Kriegsschiffe, namentlich die deutschen, glänzten im Lichterschmuck. Die Majestäten landeten in Dolma-Bagische und kehrten um 11 1/2 Uhr nach Yildiz zurück.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 21. Oktober.

Wetterausichten für Sonnabend, 22. Oktober, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Kalt, meist bedeckt. Stellenweise Niederschlag. Windig.

Grüne Winterlandschaft. Ein Bild, wie es sich in unserem Norden wohl äußerst selten, im Süden meistens nur im Frühjahr präsentiert, bietet jetzt unsere Umgegend: eine unten weiße, oben noch fast vollständig grüne Winterlandschaft. Die Laubbäume haben bei dem plötzlichen Ansturm des vorjüngsten Winters ihr grünes Kleid nicht abgestreift. Groß wird aber leider der Schaden sein, den der plötzliche anhaltende Frost auf den Feldern angerichtet hat. Rüben und Kartoffeln sind auf vielen großen Aekern noch in der Erde und es wird außerordentlich viel Frostschaden zu beklagen sein. Auch die Zuckerfabriken werden manche Schwierigkeit zu überwinden haben.

Sur Landtagswahl. Fünfzehn angelegene Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei am hiesigen Orte erlassen heute im Annoncentheile eine Aufforderung an ihre Gefinnungsgenossen, welche bei den bevorstehenden Wahlen zum Landtag zu Wahlmännern berufen werden, ihre Stimmen für die bisherigen Abgeordneten Herren Richter, Ehlers und Schachnasjan abzugeben.

Sur Wasserabsperrung. Um für die Folge die Zeitdauer der Wasserabsperrungen bei eintretenden Schäden an der Zuleitung zum Quellengebiet nach dem Hochreservoir der Prangenauer Wasserleitung möglichst abzukürzen, ist der Einbau von fünf Streckenschiebern beabsichtigt, von denen jetzt zwei Stück eingeschaltet werden sollen. Während der hierzu erforderlichen Absperrung des Zuflusses von Wasser aus dem Quellengebiet wird aus den Versuchsbrunnen in Bafion Gertrud und an der Einschlauße Wasser in das Stadtleitungsnetz gepumpt werden, wodurch es voraussichtlich möglich werden wird, die niederen Stadttheile in beschränktem Maße mit Wasser zu versorgen. Hierbei wird sich wahrscheinlich in Folge der Richtungsänderung der Wasserbewegung in den Rohrleitungen, eine vorübergehende Trübung des Wassers bemerkbar machen, welche aber, da deren Ursache lediglich in mitgeführtem Eisenoxyd besteht, den Gebrauch des Wassers nicht beeinträchtigt.

Altersversorgungskasse für Lehrer. Der amtliche Verteilungsplan des Bedarfs der Alterszulagekasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Danzig für 1898/99 liegt nunmehr vor. Darnach beträgt der gesammte Ausgabebedarf für die Lehrer 530 769,30 Mk., für die Lehrerinnen 54 971,25 Mk.; die Gemeinden haben davon aufzubringen für die Lehrer 150 699,30 Mk., für die Lehrerinnen 44 851,25 Mk., insgesammt also 195 550,55 Mark. An letzter Stelle sind zunächst beteiligt vier Gemeinden mit mehr als 25 Stellen, und zwar Danzig (151 Lehrer und 110 Lehrerinnen) mit 122 153 Mk., Elbing (88 Lehrer und 26 Lehrerinnen) mit 47 472,40 Mk., Dirschau (29 Lehrer, 8 Lehrerinnen) mit 8428 Mk., Marienburg (22 Lehrer, 5 Lehrerinnen) mit 4309,50 Mk. Es folgen weiter 27 Gemeinden mit weniger als 25 Stellen, von denen aufzubringen haben: Dr. Stargard (17 Lehrer, 5 Lehrerinnen) 1832,90 Mk., Neustadt (9 und 3) 1084,80 Mk., Berent (10 Lehrer) 618 Mk., Tolkmitt (6 und 4) 597,80 Mk., Ziegenhof (7 Lehrer) 432,60 Mk., Neuteich (8 Lehrer) 494,40 Mk., Joppot (11 und 2) 1973,50 Mk., Pangritz-Colonie (9 und 2) 723,20 Mk., Pelplin (5 und 1) 392,50 Mk. etc. Zum Schluß folgen dann noch die Gemeinden des platten Landes mit weniger als 25 Stellen, welche über die Mindestsätze nicht hinausgegangen sind. Dieselben umfassen 1012 Lehrstellen mit einem Ausgabebedarf von 312 708 Mk., worauf jedoch die staatlichen Alterszulagenbeiträge von 309 Mk. für die Lehrstellen und von 184 Mk. für die Lehrerinnenstellen in jeder Gemeinde in Anrechnung kommen.

Sum Freihafen. Die Arbeiten für die Herstellung des Freihafens nehmen ihren weiteren Fortgang. Bekanntlich ist die Ausführung derselben der Eisenbahnbehörde übertragen, welche nunmehr gestern, nachdem die umfangreichen Erdarbeiten größtentheils beendet sind, mit der Sehung des Saunes begonnen hat. Die einzufriedigende Strecke ist über 2 Kilom. lang. Der Saun hat eine Höhe von 3 Meter und besteht oben aus Eisendrahtgeflecht von 4 Centim. Maschenweite und unten aus Wellblech, wovon 1/2 Meter über der Erde und 1/2 Meter unter der Erde steht. Die nöthigen Thore liefert dieselbe Stettiner Kunstschlosserei, welche diese für den dortigen Freihafen geliefert hat, während die Zaunlieferung selbst der hiesigen Firma Werten übertragen ist.

Die Frage der großen überseeischen Passagierfahrt. In einem Artikel der „Marine-Rundschau“, von dem jetzt sieben ein Sonderabdruck erschienen ist, hat der Marine-Baurath und Schiff- u. Betriebsdirector Herr Reischner, welcher früher mehrere Jahre auf der hiesigen kaiserlichen Werft und bei Beaufsichtigung des Schiffbaues der Firma Schichau für die kaiserliche Marine thätig war, eine Studie über die überseeische Passagierfahrt veröffentlicht. Der Verfasser schildert zunächst in knappen Zügen die Entwicklung der Passagierdampfer bis in die

langste Zeit und weist dann nach, daß die heute herrschenden Anschauungen anfechtbar sind. Er zeigt im weiteren Verlaufe seiner Abhandlung, die durch zahlreiche Zeichnungen erläutert wird, daß man gleiche Geschwindigkeiten wie bei den modernen Schnelldampfern wird erreichen können, wenn man von den gebräuchlichen Schiffsförmern abgeht und sich einer Unterwasserform zuwendet, die ebenso geringen Widerstand gegen die Vorwärtsbewegung bietet, wie die langen schmalen und scharfen modernen Schiffe. Der Aufsatz des als hervorragend tüchtiger Fachmann anerkannten Verfassers hat in Fachkreisen lebhafteste Beachtung gefunden.

Der neue Dampferkreuzer „Trepas“, welcher bereits vorgestern von der kaiserlichen Werft losgemacht hat und durch Schlepper nach der Rode befördert werden sollte, langte zwar an demselben Tage Mittags in Neufahrwasser an, mußte aber an der Möwenschanze festgelegt werden, da er des heftigen Sturmes wegen nicht um die scharfe Ecke des Hafenkanals zu gehen wagte. Auch eine Probefahrt war zu hohen Seeganges halber nicht gut vorzunehmen. Heute Morgen nun wurde die „Trepas“ weiter transportiert. Das Durchbringen durch den Hafenkanal gelang ohne besondere Schwierigkeiten und schon gegen 11 1/2 Uhr dampfte der stolze Kreuzer in die See hinaus.

Preuß. Klassen-Lotterie. Bei der heute Vormittag begonnenen Ziehung der 4. Klasse der 199. preuß. Klassen-Lotterie fielen:

3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 70 801

14 639 154 744.

2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 69 158

186 878.

54 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 43 13 160

13 968 19 002 21 274 27 038 41 526 42 443 45 422

55 005 57 657 58 870 59 413 64 249 66 280 68 917

70 054 72 428 73 566 75 678 77 635 84 065 95 381

98 512 103 473 111 634 112 384 112 748 117 850

119 369 120 514 121 961 122 326 126 308 141 181

141 446 150 183 157 308 165 588 166 123 167 641

168 737 179 517 179 979 180 209 194 566 198 556

209 922 212 880 217 075 217 397 218 557 223 493

224 664.

Rekruten-Bereidigung. Zu der in den Tagen vom 25. bis 27. d. M. stattfindenden Bereidigung der Rekruten unserer Garnison wird für die katholischen am 25. d. M. Morgens, in der St. Brigittenkirche ein vorbereiteter Gottesdienst abgehalten werden. Für die evangelischen Rekruten des Inf.-Regts. Nr. 128. des 1. und 2. Bataillons des Grenadier-Regts. Nr. 5 und des 1. Bataillons des Inf.-Regts. Nr. 176 sowie des Corpsbekleidungsamtes hält am 25. resp. 26. d. M. in der St. Elisabeth-Kirche Herr Divisionspfarrer Neuböcker und für das 1. Leib-Gularen-Regt. das Detachement Jäger zu Pferde und das Feld-Artillerie-Regt. Nr. 36 am 26. d. Mts. in der St. Elisabeth-Kirche Herr Confessorialrath Wittling und am 27. derselbe im Exercierhause zu Neufahrwasser für das Füsilier-Bataillon des Grenadier-Regiments Nr. 5 und das Fuß-Artillerie-Regiment Nr. 2 den Gottesdienst ab. Im Anschluß an den Gottesdienst findet die Bereidigung sämtlicher Rekruten nach näheren Anordnungen der betr. Truppenheile statt.

Gesellschaftliches von der hiesigen Eisenbahn-Direction. Für den bereits seit einiger Zeit erkrankten Ober-Regierungsrath Arahmer hat der Regierungsrath Menzel bis auf weiteres das Regimentsdecernat übernommen, während der Regierung-Assessor Frieze das Personaldecernat übernommen hat.

Sur Abschmähung des Wagenmangels. Die hiesige Königl. Eisenbahn-Direction hat neuerdings die in Frage kommenden Dienststellen angewiesen, mit allen Mitteln auf eine Befriedigung des Wagenumschlages hinzuwirken und dafür besondere Vorschriften erlassen.

Gewerbe-Berein. Vor recht zahlreichen Zuhörern hielt gestern Abend Herr Gärtnereibesitzer A. Bauer einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die von ihm im Juli und August d. J. unternommenen Reisen, wobei er seine Wahrnehmungen und Erfahrungen besonders vom gewerblichen Standpunkte aus eingehend erörterte. Redner schilderte zunächst Frankfurt a. M. mit seinen Einrichtungen, dann Ems, Rüdesheim, Eltville, Biberich, Wiesbaden, den Niederrhein etc., dann gab er von den Städten Halle, Leipzig, Dresden, Berlin Mittheilungen über die Entmündung des Handels, der Industrie, des Verkehrs. Ihm wurde lebhafter Dank der Zuhörer zu Theil.

Neuer Bürger-Berein. In einer gestern im Lokale des Herrn Penkmit in Langfuhr abgehaltenen Versammlung wurde die Gründung eines „Bürger-Bereins zu Langfuhr“ beschlossen, die Statuten angenommen und ein provisorischer Vorstand gewählt. Dem Vereine gehören 38 Mitglieder an.

Gewerbeverein. Die Commission für die Weihnachtsschiffe hatte gestern Abend eine Besprechung. Wie es scheint, daß zwar eine Anzahl von Meldungen für die Weihnachtsschiffe vorliegt, jedoch manche Gewerbebetreibenden mit seltenen Anmeldungen noch zurückhalten. Wenn der glückliche Erfolg, den die Weihnachtsschiffe im vorigen Jahre aufzuweisen hatten, auch in diesem Jahre wieder eintreten soll, so ist dringend zu wünschen, daß alle, die ihre Betheiligung bei dem Unternehmen in Aussicht genommen haben, noch in dieser Woche ihre Anmeldungen machen. Wie im vergangenen Jahre, soll auch bei der diesjährigen Messe für Handarbeiten etc., so weit es sich machen läßt, Platz vermieht werden. Anmeldungen sind zu richten an Herrn Johannes Dömler (Langgasse 60/61).

Ornithologischer Verein. In einer gestern abgehaltenen Versammlung beschloß der Verein, sein diesjähriges Stiftungsfest in üblicher Weise durch ein Festmahl am 3. Dezember im St. Josephshause zu feiern.

Schwere Last. Ein Frachtkübel von 22 990 Kilogr. kam in den letzten Tagen in Neufahrwasser am großen Arahn zur Verladung. Es ist dies ein für die neue Danziger Parbettefabrik von Schöneke gelieferter Dampfkeßel von riesigen Dimensionen. Mehr als drei Tausend brauchten eine Menge Arbeiter dazu, denselben auf einen eigens für den Weitertransport gebauten Wagen zu bringen, der allein auf ein Gewicht von 4500 Kilogr. hat. Von 14 Pferden soll die schwere Last über Bräsen, Neufahrwasser durch die halbe Allee nach Danzig gebracht werden. Der Arahn trägt 25 000 Kilogr. und ist der größte auf der Strecke Berlin-Opfthagen.

Herr Reischner Gernh aus Gera. In einer gestern im hiesigen Kreisverein des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenassistenten. Herr Gernh bereitete den fast vollständig erschienenen Vereinsmitgliedern und deren Gästen einen genussreichen Abend. Organ und Vortragsweise fanden ungetheilte Anerkennung.

Im Aufhals eingesperrt. Eine eigene Art von Rache übte die Arbeiterfrau Marianna Müller auf Ausbaa Peichowitz (Ar. Berent) gegen den dort aufseher Karl Leupold. Es war Marianna geblieben worden, und Förster C. hielt in mehreren Wohnungen Hausung. Bei der Angeklagten ging er in den Aufhals, um nach Streu zu suchen. Sobald er eingetreten wurde, wurde der Aufhals mit einem Messer in die Brust gestochen. Es gelang Herrn C. allerdings, mit einem Messer den Riegel zurückzuschieben. Als das

geschehen war, versuchte die Angeklagte noch die Thür zum zweiten Male zu machen und zu verriegeln. Wegen Freiheitsberaubung angeklagt, wurde die reclusive Frau gestern von der hiesigen Strafhammer zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt.

Größen. Der Regiments-Adjutant des im Osterode garnisonierten Infanterie-Regiments Nr. 18, Herr Premier-Lieutenant Pfeiffermann, hat aus unbekannter Ursache, anscheinend in Anwendung eines Gemüthsleidens, seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht.

Unfall-Schiedsgericht. In der unter dem Vorsitz des Herrn Regierungs-Assessors v. Heyking gestern abgehaltenen Sitzung des Schiedsgerichts für die Section IV der nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft, welche durch Herrn Zimmermeister Herzog vertreten war, fanden 12 Berufungssachen zur Verhandlung, von denen fünf zurückgewiesen wurden. In sechs Fällen wurde Beweishebung beschlossen und in einem Falle erkannte sie den Anspruch des Klägers auf Zahlung einer höheren Rente an.

Unfälle. Der Monteur Eduard Hoppe wurde gestern auf dem Bahnhofsneubau von einem herabfallenden Ziegelstein auf den Kopf getroffen, so daß er auf der Stelle zusammenbrach. Es erfolgte seine Ueberführung nach dem Stadtlazareth, woselbst ein Schädelbruch constatirt wurde, der seine Aufnahme nothwendig machte.

Der Kirchendiener Karl Kampf stürzte gestern auf der Treppe vor der Kirche aus, stürzte die Treppe hinab und erlitt nicht unerhebliche Verletzungen.

Der Schloßerlehrling Johannes Boguth quetschte sich gestern zwischen zwei Eisenplatten des Mittelstieges ab. Beide Verletzte fanden gleichfalls Aufnahme im Städt. Lazareth in der Sandgrube.

Gestern Nachmittag verunglückte beim Verladen schwerer Frachtkübel am Hafenbassin in Neufahrwasser der Arbeiter Krause aus Bräsen, indem er von der zurückschlagenden Kurbel einer Winde gegen den Kopf getroffen wurde. Da seine Verletzung eine schwere zu sein schien, mußte er nach dem Stadtlazareth gebracht werden.

Kirchen-Kollekte. Am diesjährigen Reformationstages wird wieder in sämtlichen evangelischen Kirchen der Provinz W.-Preußen eine Kollekte für die Zwecke des westpreussischen Hausvereins der deutschen Lutherhelfer eingeammelt werden.

Messertödterei. Der Zimmergeselle Karl Albert H. wurde gestern auf Neugarten von einer unbekannten Person mit einem Messer bearbeitet, so daß er in das Stadtlazareth transportirt werden mußte, wo er nach dem ersten Verband zur weiteren Behandlung zurückgehalten wurde.

Wochenanweis der Bevölkerungs-Vorgänge vom 9. Oktbr. bis zum 15. Oktbr. 1898. Lebendgeborene 84 männliche, 29 weibliche, insgesammt 113 Kinder. Tödtgeborene 1 männliche, 2 weibliche, insgesammt 3 Kinder. Gestorbene (ausschließlich Tödtgeborene) 28 männliche, 20 weibliche, insgesammt 48 Personen, darunter Kinder im Alter von 0 bis 1 Jahr 15 eheh., 2 außerehlich geborene. Todesursachen: acute Darmkrankheiten einschließlich Brechdurchfall 5, darunter a) Brechdurchfall aller Altersklassen 4, b) Brechdurchfall von Kindern bis zu 1 Jahr 4. Lungeneingekochtheit 5, acute Erkrankungen der Athmungsorgane 3, alle übrigen Krankheiten 32, gewaltsamer Tod: Verunglückung oder nicht näher festgestellte gewaltsame Einwirkung 2, Selbstmord 1.

Polizeibericht für den 20. Oktober. Verhaftet: 8 Personen, darunter 3 Personen wegen Diebstahls, 1 Person wegen Hausfriedensbruchs, 4 Obdachlose. Gefunden: 1 Paar Lederhüfte und 1 buntes Taschentuch, 1 blaue Schirmmütze, 1 Paar blaue wollene Handschuhe, 1 schwarzer, wollener Handschuh, 1 Pfandchein, 1 Broche, 1 großer Schlüssel, Quittungskarte auf den Namen des Arbeiters August Eduard Werner, abgehoben aus dem Fundbureau der königlichen Polizei-Direction, 1 große Holzhilfe, abgehoben von der Polizeiwache im Stadtthurm, 1 weißes Taschentuch, abgehoben aus dem Polizei-Revierbureau zu Langfuhr, am 14. September cr. 1 schwarzer Regenschirm mit kleiner Krücke, abgehoben aus dem Polizei-Revierbureau Goldschmiedegasse 7, 1 Damen-Regenschirm, abgehoben vom Schuttmann Herrn Kabcjowski, Carthäuserstraße 79, 1 eiserner Gartenstuhl, abgehoben von der Arbeiterfrau Anna Zielinski, Mirchauerweg Nr. 12, 1 große Wagen-Pfandchein, abgehoben vom Schuttmann Herrn Albrecht III., St. Katharinen-Kirchthor 71 b. Verloren: 1 braunes Leder-Portemonnaie, enthaltend: 30 Mk. in Gold und einige kleine Münzen, darunter 1 silbernes Zwanzigpfennigstück durchbohrt, abzugeben im Fundbureau der königlichen Polizei-Direction.

Aus den Provinzen.

y. Puhig, 20. Okt. Die diesjährigen Herbst-Controlversammlungen werden für die Mannschaften des Reiches Puhig in der Zeit vom 7. bis 8. November in Tilsau, Arochom, Danziger Heilernest und Puhig abgehalten.

Elbing, 20. Okt. Die Brüder Anton und Hugo Sakhomski, die erst vor einigen Tagen eine empfindliche Gefängnisstrafe wegen Körperverletzung erhalten haben, sind heute wieder wegen gefährlicher Körperverletzung angeklagt. Die Anklage bezieht sich auf sechs Fälle von Körperverletzung, Beleidigung, Bedrohung mit Todtschlag etc. (Hugo Sakhomski ist nach der „Elb. Zig.“ derselbe, der als Soldat im vorigen Sommer, als er Führer einer Patrouille in Danzig war, am Zeughaus einen Flüchtling erschoss). Hugo Sakhomski wurde zu 1 Jahr 5 Monat, Anton Sakhomski zu 1 1/2 Jahr Gefängnis verurtheilt.

Terzopol, 20. Okt. Gestern Abend ist auf der Bahnstrecke Bromberg-Casowitz zwischen Prust und Parlin der Gilsbahnwärter Julius Ronehl aus dem Wärrterhause 85 bei Prust bei dem Streckenbegange von dem Güterzuge 4281 überfahren und getödtet worden. Ronehl hinterläßt eine Frau und vier Kinder.

Königsberg, 20. Okt. Die hiesige socialdemokratische Partei hat in ihrer gestern abgehaltenen Parteiversammlung einstimmig beschlossen, sich an den Landtagswahlen nicht zu betheiligen, da sie zwar für den Candidaten der freisinnigen Volkspartei, nicht aber für die übrigen Candidaten der vereinigten liberalen Parteien eintreten könne.

Allenstein, 17. Okt. Die Ruhr grassirt im Dorfe Reußen unter Erwoachsenen und Kindern sehr stark. Aus einer Familie sind bereits vier Kinder gestorben und die übrigen Familienmitglieder, mit Ausnahme der Mutter, erkrankt.

Vermischtes.

Die Beulenpest in Wien.

Wien, 20. Oktober. Eine der beiden Wärterinnen, welche den unter Pesterfieberungen verstorbenen Laboratoriumsdiener Barisch gepflegt hatten, ist unter Fiebererscheinungen erkrankt und vorsichtshalber in ein Fieberzimmer des Infektionshospitals gebracht worden.

Wien, 21. Okt. (Tel.) Auch die zweite Wärterin, welche den unter Pesterfieberungen verstorbenen Laboratoriumsdiener Barisch gepflegt hatte, ist in einen Isolirraum gebracht worden, da sich Fieber bei ihr zeigte. Doch glauben die Aerzte, daß bei beiden Wärterinnen die erhöhte Blutmaterie auf Rechnung der Angst zu setzen sei.

1917